

Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 19 (1999)
Heft: 38

Artikel: Die internationale Schuldenkampagne Jubilee 2000 : Forderungen einer Aktivistin aus dem Süden
Autor: Keet, Dot
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-652404>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 23.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Dot Keet

Die internationale Schuldenkampagne Jubilee 2000

Forderungen einer Aktivistin aus dem Süden*

Anti-Verschuldungs-Gruppen in Afrika, Asien, Lateinamerika und der Karibik haben mit grosser Erleichterung zur Kenntnis genommen, dass die sich seit langem verschärfende Krise der Aussenverschuldung ihrer Länder endlich weltweit in den Mittelpunkt der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt ist. Sei es auf Grund eines christlichen Prinzips im Jubeljahr 2000, des Erlassjahrs mit der Befreiung der verschuldeten Armen und Versklavten am Beginn des neuen Jahrtausends; oder sei es auf Grund einer globalen Ethik gegen die Ausbeutung und Unterwerfung der Armen und Schwachen durch die Reichen und Starken: Entscheidend ist, dass Millionen von Menschen an der rasch wachsenden internationalen Kampagne gegen den skandalösen Abfluss der kärglichen Ressourcen der Armen der Welt in die überquellenden Taschen der Reichen teilnehmen.

Wie üblich wurde die Frage der Drittwelt-Schulden erst zum „Problem“, als sie von einflussreichen Kirchen und anderen religiösen Gruppen, Entwicklungshilfe-Organisationen und anderen NGO in den reichen Ländern des Nordens aufgegriffen wurde. ForscherInnen zur Schuldenfrage und AktivistInnen in den direkt betroffenen Ländern, die sich seit beinahe zwei Jahrzehnten damit auseinandersetzen,¹ nehmen das mit ironischem Lächeln zur Kenntnis. Dennoch ist die wachsende Anerkennung der Schuldenproblematik äusserst willkommen, und die Forschungs- und Informationskampagnen, das politische Lobbyieren und die Öffentlichkeitsarbeit durch äusserst wirksame Anti-Verschuldungs-Koalitionen in Europa, Nordamerika und Japan müssen begrüsst und unterstützt werden. Sie haben eine intensivere Medienberichterstattung über das Ausmass und die Auswirkungen der Verschuldung bewirkt, dagegen weniger bezüglich der komplexen Ursachen. Einige Anti-Verschuldungs-Gruppen konnten die Haltung ihrer Regierungen hinsichtlich der Schuldenrückzahlung von Ländern des Südens positiv beeinflussen. Die Kampagne hat sogar den IWF und die Weltbank dazu gebracht, ihren bislang eisernen Widerstand gegen die Streichung multilateraler Schulden abzuschwächen. Hauptsächlich um die wachsende öffentliche Kritik zu dämpfen und die mögliche Bedrohung durch die Kampagne zu neutralisieren, haben IWF und Weltbank zusammen mit den G7-Staaten einigen der sogenannten Hochverschuldeten armen Länder (Heavily Indebted Poor Countries, HIPC) sehr verspätet eine „Schuldenerleichterung“ angeboten (HIPC-Initiative).

Solche Veränderungen sind der Beweis für die Wirkung der internationalen Kampagne gegen die ständig wachsenden Drittwelt-Schulden.² Para-

doxerweise werden allerdings zu einer Zeit, in der die öffentliche Information zunimmt und die Kampagne weitere Erfolge erzielt, die Fragen immer komplexer. Mit der wachsenden Teilnahme von Organisationen und Ländern werden die Diskussionen um Ziele und Wege schwieriger. Diese Debatten beziehen sich nicht nur darauf, wie und wozu man sich mit Gläubigerländern auseinandersetzen soll; auch nicht nur auf die Ziele und Folgerungen der HIPC-Initiative sowie auf angemessene Reaktionen darauf. Innerhalb und zwischen den Anti-Verschuldungs-Gruppen – und insbesondere zwischen solchen im Norden und der wachsenden Zahl von Gruppen im Süden – gibt es eine verstärkte Debatte über traditionell verwendete Konzepte und implizite Annahmen, über Strategien und Taktiken sowie über die grundsätzlichen Ziele und Zwecke der Anti-Schuldenskampagne.

Die HIPC-Initiative zur „Schuldenerleichterung“ (oder zum teilweisen „Schuldenerlass“ in der Sprache von Regierungen wie derjenigen der USA) wird ausser von IWF und Weltbank multilateral durch staatliche Gläubiger unterstützt. Sie wird von einigen unilateralen Ankündigungen realer, wenn auch selektiver Schuldenreduktionen seitens von Ländern wie Kanada, Norwegen und Dänemark begleitet. Nicht-staatliche Anti-Verschuldungs-Gruppen in Europa und Nordamerika gehen weiter und fordern die Streichung der „unzählbaren“ Schulden der „ärmsten“ Länder für das Jahr 2000. Allerdings weist diese Position einige besorgniserregende Unklarheiten auf. Erstens rutschen manche Anti-Verschuldungs-Gruppen, während sie öffentlich nach einem „Ende“ der Schuldenkrise rufen und verlangen, dass die Schulden „jetzt gestrichen“ werden, in den Auseinandersetzungen mit ihren Regierungen und kritischen Analysen von IWF und Weltbank wiederholt in die Terminologie von „Schuldenerleichterung“ oder „Schuldenreduktion“ ab; sie lassen sich kompromissbereit auf Forderungen nach „grösseren“ Schuldenstreichungen ein,³ die „breiter, umfassender und schneller“⁴ sein sollen. Während sie glauben, fortschrittliche Positionen zu vertreten, könnten diese Argumente als stillschweigende Anerkennung interpretiert werden, dass die Schulden nicht unbedingt jetzt und vollständig zu streichen seien. Aber gerade dies ist es, was die radikaleren Stimmen aus den Schuldnerländern fordern; und dies ist die Vision, die Millionen moralisch empörter Menschen für die Kampagne zur Schuldenstreichung mobilisiert.

In der Debatte werden die Begriffe „Schuldenerleichterung“, „Schuldenreduktion“ und „Schuldenstreichung“ in einer Art verwendet, als ob sie beliebig austauschbar seien. „Schuldenerleichterung“ kann verwendet werden, um anzuzeigen, dass der Lastträger von einer Last befreit wird; aber der Begriff kann auch die Abschwächung ohne Beendigung des Problems im Auge haben. „Reduktion“ muss als eine nur teilweise Beseitigung der Schulden begriffen werden und setzt deshalb definitionsgemäss die Beibehaltung einer bestimmten Schuldenrückzahlung voraus. „Streichung“ dagegen sollte, sofern der Begriff nicht ausdrücklich als „teilweise Streichung“ verwendet wird, die vollständige Aufhebung aller Schulden mei-

nen. Auf Seiten der SchuldenanalytikerInnen und AktivistInnen muss darüber Klarheit herrschen, und sie müssen das Selbe von ihren Regierungen und den involvierten Institutionen fordern, um Missverständnisse oder gezielte Verschleierungen tatsächlicher Angebote und Vorschläge zu vermeiden.

Noch problematischer ist die Unterscheidung zwischen Schulden, die „unzahlbar“ oder „zahlbar“ sind. IWF und Weltbank machen geltend, dass Schulden „tragfähig“ sind, sofern Schuldentrückzahlungen erfolgen – ein Zirkelschluss. Einige Gruppen der Jubilee 2000-Kampagne gründen ihre Vorschläge ausdrücklich auf dem Kriterium der „Tragfähigkeit“.⁵ Andere NGO und einige der „kritischeren“ Regierungsorganisationen weisen darauf hin, dass solche Zahlungen nur auf Kosten lebenswichtiger Sozialausgaben mit schwerwiegenden Konsequenzen für die Bevölkerungen der Schuldnerländer geleistet werden können.⁶ Für sie müssen jene auf „Entwicklungskriterien“ gegründeten Strategien unterstützt werden, die Regierungen das Recht zusprechen, wesentliche Erziehungs- und Gesundheitsausgaben zu tätigen, bevor sie Schulden zurückzahlen. Daraus ergibt sich die Frage, was als „wesentlich“ zu gelten hat. Wo müssen die Grenzen für Grundbedürfnisse gezogen werden, die notwendig für eine Entwicklung sind? Die Antwort muss folgendermassen lauten: Angesichts wachsender Anforderungen, die eine umfassende (nicht bloss alibimässige) Ausbildung für alle und ein wirklich funktionierendes (nicht bloss minimales) Gesundheitswesen stellen, kann es keinerlei von vornherein festgelegte Ausgaben Grenzen geben. Erziehung und Gesundheit sind sowohl zentrale Massstäbe wie grundlegende Mittel für eine selbstverantwortete Entwicklung der Menschen, Gemeinschaften und Länder. Zudem berücksichtigt ein solch minimalistischer „Grundbedürfnis“-Ansatz die zahlreichen anderen sozialen Bedürfnisse nicht, die ebenfalls Menschenrechte sind, zum Beispiel das Recht auf Wohnen, auf sauberes Wasser und Hygiene, auf ein flächendeckendes und sicheres Verkehrswesen, auf soziale und körperliche Sicherheit ebenso wie das Recht auf eine ausreichende Beschäftigung. Wann, wie und in welcher Höhe werden Drittwelt-Schulden in dieser Hinsicht berechnet und „zahlbar“?

Schulden wir nicht! Bezahlen wir nicht!

Für viele Anti-Verschuldungs-Gruppen im Süden ist bereits der Vorschlag skandalös, dass überhaupt irgendwelche Schulden ihrer Länder „zahlbar“ seien. Tatsächlich sind die Schulden, die diese Regierungen mit welchen Mitteln und zu welchen Zwecken auch immer eingingen, real bereits zurückbezahlt worden; und dies in einigen Fällen mehrfach. Sie sind auch mit den erlittenen Folgen der nichtbezahlbaren sozialen und ökologischen Schäden, der politischen Unruhen, Auseinandersetzungen und Kriege sowie mit den Leiden einer tiefreichenden Unsicherheit der Menschen bezahlt worden. AktivistInnen in Lateinamerika und der Karibik haben im Januar 1999 in Tegucigalpa⁷ erklärt, dass ihre Länder nicht nur nichts mehr

schulden, sondern dass heute längst eine moralische, politische, soziale und ökologische Schuld ihnen gegenüber besteht. Die Schulden-Erklärung afrikanischer NGO vom April 1998 in Accra hat auf ähnliche Weise jegliche weitere Schuldenrückzahlung verurteilt und zudem Wiedergutmachung für die Jahrhunderte des Sklavenhandels sowie der kolonialen und neokolonialen Ausbeutung gefordert. Der Mythos, grosse Ströme von Hilfsgeldern würden nach Afrika fliessen, wird durch die Tatsache widerlegt, dass 1998 noch immer für jeden Dollar, der als Darlehen nach Afrika ging, 1,41 Dollar als Schuldenrückzahlung in den Norden zurückflossen. Dies zusätzlich zu den riesigen Summen, die seit langem aus Afrika und anderen Ländern des Südens als Extraprofite aus Direktinvestitionen,⁸ Dividenden auf ausländischem Aktienbesitz und durch ungleiche Güteraustauschverhältnisse (Terms of trade)⁹ abfliessen.

In diesem Licht betrachtet ist jede Forderung nach weiteren Schuldenrückzahlungen unmoralisch und unzulässig. Kein einziger Cent sollte zum Fluss kostbarer Ressourcen, der aus den Ländern des Südens nach dem Norden geht, dazukommen. Anders gesagt, die verschuldeten Länder des Südens „Schulden nichts und werden nichts bezahlen“. Dieser doppelte Slogan muss als Standpunkt von den Drittwelt-Regierungen übernommen werden, was hauptsächlich in der Verantwortung von Anti-Verschuldungs-AktivistInnen im Süden liegt. Allerdings muss diese Position auch von den AktivistInnen im Norden voll unterstützt und energisch vorangetrieben werden, damit ihre Regierungen unter Druck gesetzt werden.¹⁰ Zumindest muss sie von allen Gruppen im Norden als legitime Haltung ihrer PartnerInnen im Süden anerkannt werden, und es sollte ihr nicht widersprochen werden, sei es explizit oder implizit. Es ist höchst fragwürdig, wenn prominente SprecherInnen der Jubilee 2000-Kampagne Gläubiger warnen, sie müssten schnell handeln, ansonsten „werden die armen Länder die Sache in die eigenen Hände nehmen“.¹¹ Statt diese Möglichkeit zu verhindern zu versuchen, müssen Anti-Verschuldungs-AktivistInnen im Gegenteil Schuldner-Regierungen ermutigen, genau dies zu tun: Indem sie ihnen helfen, die Frage der Schuldenstreichung zu einem zentralen Bestandteil der internationalen Debatte zu machen. Einflussreiche Anti-Verschuldungs-AktivistInnen in den reichsten Ländern sollten ihre Kenntnisse und Netzwerke dazu verwenden, die internationale öffentliche Meinung genau auf diese legitime Lösung der Schuldenkrise vorzubereiten.

Es gibt aber noch weitere Differenzen zwischen einigen Anti-Verschuldungs-AktivistInnen im Norden und im Süden, die offen diskutiert werden müssen. Manche Entwicklungshilfe-Organisationen, die die Anti-Verschuldungs-Kampagne unterstützen, versuchen gleichzeitig, die HIPC-Initiative zu „verbessern“, indem sie mehr als bloss ein halbes Dutzend Länder einschliessen und sie schneller durchführen möchten, als dies gegenwärtig IWF und Weltbank geplant haben.¹² Hierzu haben kürzlich ausführliche Untersuchungen von Jubilee 2000 UK gezeigt, dass, selbst wenn die Massnahmen auf alle 41 HIPC-Länder angewandt würden, IWF und Weltbank hauptsächlich eine „Erleichterung“ jener Schulden anbieten, die

bereits jetzt nicht zurückbezahlt werden und von denen die internationalen Organisationen genau wissen, dass sie niemals zurückbezahlt werden können.¹³ Tatsächlich würden einige HIPC-Länder sogar mehr als bisher zahlen, und für die Gläubiger würde aus der „Schuldenerleichterung“ ein Gewinn resultieren.

So enthüllend diese Erkenntnisse sind, so bleibt doch der grundsätzliche Einwand, dass die typischen Bedingungen der IWF-Strukturanpassungsprogramme, die auch die HIPC-Initiative bestimmen, der Hauptgrund für die zunehmende wirtschaftliche und soziale Krise in diesen Ländern sind und deren finanzielle Abhängigkeit und Unterwerfung unter externe Kontrolle verschärfen. Die Bedingungen der HIPC-Initiative sind sowohl in ihren Zielen als auch in ihren Auswirkungen prinzipiell nicht annehmbar. Jede Anti-Verschuldungs-Gruppe, die das nicht berücksichtigt, begreift die grundlegenden Ursachen der Schuldenkrise nicht und trägt so womöglich zur weiteren Schuld-Sklaverei jener Länder und Völker bei, denen sie zu helfen beabsichtigt.

Anti-Verschuldungs-Gruppen in Europa und Nordamerika, die sich in „Diskussionen“ mit IWF und Weltbank einlassen – sei es, um sie zu „reformieren“ oder „herauszufordern“ – und ihre eigenen Regierungen zur Einnahme fortschrittlicherer Positionen zu bewegen versuchen, geraten zudem in Gefahr, sich dem selektiven und spalterischen Ansatz der Gläubiger gegenüber den Schuldnerländern anzupassen. Das führt zu Spaltungen nicht nur innerhalb solcher Gruppen im Norden, sondern auch zwischen ihnen und ihren PartnerInnen im Süden. Die internationale Jubilee 2000-Kampagne konzentriert sich ausdrücklich auf die 52 „ärmsten Länder“ mit einer Bevölkerung von rund einer Milliarde Menschen, die dringend eine Schuldenstreichung benötigen. In der praktischen Arbeit lassen sich allerdings zahlreiche Jubilee 2000-Gruppen und Entwicklungshilfe-Organisationen in die von IWF und Weltbank sowie den Regierungen des Nordens initiierten Debatten um die am stärksten verschuldeten und wenigsten entwickelten Länder (Least Developed Countries – LDC) verwickeln. Das ist an sich nicht falsch, aber es wirft erneut die Frage auf, wo die Grenze gezogen wird – abgesehen vom rein quantitativ definierten Bruttonationalprodukt. Ist ein Land wie Brasilien, das nicht zu den LDC gehört, aber weltweit die grössten Einkommensunterschiede aufweist und in einer schlimmen sozialen und ökologischen Krise steckt, nicht zur Schuldenstreichung berechtigt? Mit welchen Kosten vermag Brasilien die Schulden „zurückzuzahlen“? Braucht Südafrika – angeblich ein „sich entwickelndes Land mittleren Einkommens“, aber mit Einkommensunterschieden und sozialen Problemen, die so akut wie in Brasilien sind – keine Schuldenstreichung, damit alle zur Verfügung stehenden Ressourcen zur Beseitigung der fortwirkenden Schrecken der Apartheid eingesetzt werden können? Und wie steht es mit den Dutzenden anderer tief verschuldeter, sozial und ökologisch angespannter „sich entwickelnder“ Länder in Afrika, Asien und dem Pazifik, in Lateinamerika und der Karibik?

Mehr als nur „Reduktion der Armut“

Einmal mehr müssen Anti-Verschuldungs-Gruppen im Süden von einem breiteren und strategischeren Ansatz bezüglich der betroffenen Länder und der Argumentationen ausgehen. Sie sind sich der spalterischen und womöglich schwächenden Wirkung von selektiven Vorschlägen zur Schuldenerleichterung bewusst und müssen unter sich eine geschlossene Front wahren. Das bedeutet nicht, dass die Anti-Verschuldungs-Kampagne in jedem Land genau gleich gestaltet werden muss. Zweifellos gibt es Unterschiede im Ausmass und in der Struktur der Schulden einzelner Länder, und diese müssen sorgfältig untersucht, die Ziele festgelegt, die Betroffenen mobilisiert und unterschiedliche Taktiken angewandt werden. Entscheidend ist allerdings, dass Anti-Verschuldungs-AktivistInnen sich auf gemeinsame Prinzipien einigen, gemeinsame Positionen und Aktionen durchzusetzen versuchen. Verschuldete Länder sollten sich nicht gegeneinander ausspielen lassen und nicht akzeptieren, dass dringliche Schuldenstreichungen für die einen nur möglich sind, wenn andere davon ausgenommen bleiben. Bereits jetzt besteht die gemeinsame Haltung der afrikanischen NGO gegenüber der Schuldenfrage darin, dass ihre Forderung nach vollständiger Schuldenstreichung für alle afrikanischen Länder unabhängig von der Grösse oder der Zusammensetzung ihrer Schulden oder der offiziellen wirtschaftlichen Klassifizierung durch IWF, Weltbank und andere Organisationen wie die World Trade Organisation (WTO) gilt.

Die Anti-Verschuldungs-AktivistInnen im Süden müssen ihren PartnerInnen im Norden zudem klarmachen, dass für die Schuldenstreichung weiterreichende Argumente als nur die „Reduktion der Armut“ geltend zu machen sind. Selbst wenn das als taktisches Argument verwendet wird, um die Widersprüche zwischen den offiziellen Politiken der „Armutsreduktion“ und der „Schuldenreduktion“ durch die reichen Länder der OECD aufzuzeigen,¹⁴ kann bereits der Gebrauch solcher Begriffe den äusserst begrenzten Vorschlägen innerhalb der herrschenden Debatte über die Weltarmut zusätzliche Bedeutung und Legitimität verleihen.

Es gibt weitere gute Gründe zur Rechtfertigung der Schuldenstreichung. Die meisten von ihnen sind in der Internationalen Erklärung der Jubilee 2000-Kampagne vom November 1998 in Rom enthalten, aber deren Perspektiven werden in der praktischen Arbeit nicht angemessen vertreten. Zum Beispiel müssen Anti-Verschuldungs-Gruppen aktiv fordern, dass Schulden gestrichen werden, die durch unsorgfältig geplante, schlecht durchgeführte „Entwicklungshilfeprojekte“, zumeist im Rahmen der Weltbank entstanden sind, die zu belastenden Rückzahlungen ohne entsprechende finanzielle Gewinne führten. Länder, die sich nach einem Krieg oder internen Wirren mit dem Wiederaufbau konfrontiert sehen – und davon gibt es in Afrika, Asien und Lateinamerika etliche –, müssen mit der selben Sympathie und dem selben Wohlwollen bedacht werden wie die europäischen Länder damals nach dem 2. Weltkrieg.¹⁵ Tatsächlich benötigen solche Länder des Südens weitaus grösseres Verständnis, weil sie mit

widrigeren Umständen und weit schwächeren humanen und schlechteren technologischen Ressourcen zu kämpfen haben.

Ebenso bedeutsam ist es, dass die Gruppen des Südens auf der Illegitimität von Schulden beharren, die durch Militärdiktaturen und andere repressive Regimes eingegangen wurden und die den nachfolgenden Regierungen sowie den Opfern der früheren Regimes aufgebürdet werden. Die Illegalität von Darlehen, die illegitimen Regimes bewusst zugesprochen wurden – beispielsweise in Argentinien, Brasilien oder Chile, an Mobutu in Zaire, Marcos auf den Philippinen und eine ganze Reihe weiterer Diktatoren – ist festgeschrieben in der *Odious Debt Doctrin* (Doktrin „verabscheuungswürdiger Schulden“)¹⁶, die bereits in die internationale Rechtsprechung und die historische Praxis Eingang gefunden hat. Die Gläubiger solcher Regimes – seien es Regierungen, Institutionen oder Privatunternehmen – müssen mit dem legalen und legitimen Recht von Nachfolgeregierungen konfrontiert werden, die Verantwortung für solche Schulden abzulehnen. Sowohl die Frage nach der Illegalität wie nach der Illegitimität der Schulden, die das demokratische Südafrika vom Apartheid-Regime geerbt hat, gehören in diesen Zusammenhang.

Politische Illegitimität und Illegalität

Es wäre ein äusserst schwieriges und langwieriges Unterfangen, „illegitime“ Schulden von den übrigen zu trennen, und es wäre dies kaum möglich ohne die Zusammenarbeit aller Beteiligten. Zudem könnten die Banken und Regierungen dies bewusst verschleppen. Noch wichtiger ist es, dass eine solche Vorgehensweise Gefahr laufen könnte, implizit andere Schulden als „legitim“ zu betrachten. Aber selbst wenn die nationalen Schulden in verschiedenen Ländern unterschiedlich zusammengesetzt sind und gerade weil diese verschiedenen Aspekte und Ursachen der Verschuldung extrem schwierig auseinanderzuhalten sind, sollten solche Überlegungen nicht einfach die Grundlage für „technische“ Untersuchungen und juristische Prozesse werden.

Das grundsätzlichere Problem einer solch legalistischen Vorgehensweise liegt darin, dass ein Erfolg in einem einzigen Fall als Abschreckung für zukünftige unverantwortliche und ungesetzliche Kreditvergaben auf der ganzen Welt dienen könnte.¹⁷ Doch diese Erwartung setzt naiverweise voraus, dass die Banken unter der Drohung möglicher gesetzlicher Verfahren ihr übliches Verhalten aufgeben und ihre riesigen finanziellen und juristischen Mittel nicht mehr einsetzen würden, um Gesetze so lang und so gut wie möglich zu umgehen. Diese Gefahr hat sich freilich durch die starke Zunahme der Zahl von Banken, insbesondere in den sich entwickelnden Volkswirtschaften, vergrössert. Zudem wird die geschickte Umgehung von Gesetzesverfahren durch die Deregulierung des weltweiten Finanzsystems und die unkontrollierten Bankpraktiken in der zunehmend deregulierten Weltwirtschaft viel naheliegender. Tatsächlich sollten sich AktivistInnen nicht auf die Selbstverpflichtung von Banken auf nationale und internatio-

nale Abmachungen verlassen. Auch sollten sie nicht einer „Eigenaufsicht“ der Banken das Wort reden. Der Skandal des unverantwortlichen Verhaltens der Banken, das sich in der Schuldenkrise der Dritten Welt zeigt, und der Erfolg möglicher Gerichtsverfahren bezüglich „verabscheuungswürdiger Schulden“ sollten vielmehr dafür eingesetzt werden, die öffentliche Meinung für eine Reregulierung aller finanzieller Institutionen zu gewinnen. Das erfordert eine genauere Kontrolle über alle Banken und Finanzinstitutionen sowie ihre Verpflichtung auf eine nationale und internationale öffentliche Aufsicht, auf soziale und ökologische Verantwortlichkeit und demokratische Rechenschaftspflicht.

Alle obigen Überlegungen eröffnen der internationalen Anti-Verschuldungs-Kampagne herausfordernde neue Dimensionen und weiterreichende taktische und strategische Möglichkeiten. Unglücklicherweise sind noch nicht alle diese Dimensionen von den Anti-Verschuldungs-Gruppen im Norden mit Überzeugung aufgenommen worden, geschweige denn von einem breiteren Publikum in Europa und Nordamerika. Die meisten Leute, die sich engagieren, sind immer noch vom (zweifelloso wohlmeinenden) Motiv geleitet, das Leiden der „hilflosen Armen“ in der Welt zu mindern. Diese Besorgnis mag aufrichtig sein, aber sie wird das Leiden der Armen so lange nicht zu überwinden helfen, solange sie die vielfältigen Ursachen dieses Leidens nicht direkt angeht. Unter vielen andern Akteuren gehören dazu die eigenen Regierungen, Banken und anderen Kreditgeber als Verursacher der Armut – und nicht als Akteure einer möglichen Lösung der Krise.

Dieses mangelnde Verständnis zeigt sich zum Beispiel in der Tendenz einiger einflussreicher Entwicklungshilfe-Organisationen im Norden, sich wie ihre eigenen Regierungen auf die Rolle und Verantwortlichkeit afrikanischer, asiatischer und lateinamerikanischer Regierungen für die Verschuldung von deren Ländern zu konzentrieren.¹⁸ Sie erachten eine „Verbesserung“ dieser Regierungen beziehungsweise ihrer „Regierungsführung“ (good governance) als grundlegende Vorbedingung für eine Schuldenstreichung. Es gibt sicher gewichtige Gründe für die Verbesserung der technischen Zuverlässigkeit und politischen Verantwortlichkeit solcher Regierungen, und sie gehen weit über die Frage der Schuldentrückzahlung hinaus. Dennoch ist das selbst im Rahmen der Schuldenstreichung keine einfache, gradlinige Sache. Niemand als die leidenden Völker dieser Länder weiss besser um den Machtmissbrauch, die Unverantwortlichkeit, Gleichgültigkeit, Unfähigkeit und krasse Korruption der meisten ihrer Regierungen. Allerdings sind nicht alle Regierungen an diesen Missbräuchen vollständig und gleichermassen schuldig. Es ist eine ungerechtfertigte Verallgemeinerung und ein oberflächliches Verständnis der realen Abläufe, einfach die Schuldner-Regierungen für die Zwangslage ihrer Länder verantwortlich zu machen. Ironischerweise haben viele AktivistInnen im Süden, die ihre Regierungen scharf kritisieren, gegenüber staatlichen Institutionen wie auch NGO im Norden öfters darauf hinzuweisen, dass viele dieser Regierungen sowohl Opfer wie Täter waren.

In den meisten Fällen wuchsen die Schulden auf Grund von Faktoren, die

sich ihrer Kontrolle entzogen, etwa die steilen Anstiege der internationalen Zinssätze, die durch wirtschaftliche Entwicklungen in den und im Eigeninteresse der reichsten Länder erfolgten, insbesondere der USA. Gleichzeitig waren die Länder des Südens durch fallende Einkommen wegen der sinkenden Preise ihrer Warenexporte in die Märkte der Industrieländer benachteiligt; und je härter ihre Völker arbeiteten und je mehr sie exportierten, desto tiefer fielen die Preise. Einige Regierungen versuchten, die Volkswirtschaften zu diversifizieren, um die Abhängigkeit von einzelnen Exportgütern zu reduzieren, aber das hatte oft zusätzliche Geldaufnahmen zur Folge. Manche verschuldete Regierung versuchte, naiv und vergeblich, ihre Gläubiger zu einer Verringerung der auf ihnen und ihrer Bevölkerung lastenden Schulden zu bewegen. Andere, mit weniger politischem Mut oder weniger sozialer Anteilnahme, versuchten nicht einmal dies. Zumeist fürchteten Regierungen in Geldnot die Reaktion ihrer Bevölkerungen mehr als die Abhängigkeit von ihren Gläubigern, und deshalb sprachen sie, jahrein jahraus, bei den internationalen Gläubigern für ihren nächsten finanziellen Zuschuss vor, nur um weiter an der Macht zu bleiben. Und jedes Jahr wurden sie mit einer weiteren „Schulden-Refinanzierung“ und einer weiteren „Hilfe“ in Form von Darlehen und Beihilfen belohnt, aber nur, wenn sie pflichtbewusst die vorgeschriebene Wirtschaftspolitik verfolgt hatten. Was sie auch immer taten, alle waren unlösbar an die Rückzahlungsbedingungen und makroökonomischen Konditionalitäten ihrer Gläubiger gebunden.

Konditionalität und Gegenforderungen

Um konsequent zu bleiben, sich gegenüber dem Süden legitimieren und mobilisieren zu können, müssen Anti-Verschuldungs-AktivistInnen im Norden fordern, dass auch ihren eigenen Regierungen und den von diesen unterstützten Banken sowie kontrollierten Institutionen Bedingungen auferlegt werden. Ein zentraler Grund für die Schuldenkrise und die demokratischen Defizite im Süden ist die geopolitisch wie finanziell bedingte Unterstützung von äusserst fragwürdigen, aber nützlichen Regierungen in Afrika, Asien und Lateinamerika während des Kalten Kriegs. Ebenso kann kritisiert werden, dass manche Gläubigerstaaten im eigenen Interesse „gebundene“ Darlehen aussprachen, um die Interessen ihrer Exporteure zu fördern, sowie Exportrisikogarantien, und dass sie habgierigen, unverantwortlichen Banken Schutz gewährten und gewähren. Dieselben Regierungen verlangen jetzt selbstgerecht, dass die Schuldner ihre Rechtschaffenheit unter Beweis stellen müssen. Wenn diese „demokratischen“ Regierungen der Industrieländer die Verantwortung für die folgenschweren Entscheidungen ihrer Vorgänger-Regierungen ablehnen, so muss ein gleiches Entgegenkommen den jetzigen Regierungen im Süden eingeräumt werden, die kaum für die Schulden ihrer Länder verantwortlich gemacht werden können.

Generell gilt das Verfahren, Vorschläge zur „Schuldenerleichterung“ an Bedingungen zu knüpfen. Ein stumpfes Instrument, um mit dem äusserst komplizierten Zusammenwirken interner und externer Faktoren, das den

staatlichen Missbräuchen und Fehlschlägen in vielen Ländern des Südens zu Grunde liegt, fertig zu werden. Die endogenen Faktoren sind zahlreich, vielfältig, und sie erwachsen ebenso aus objektiven Bedingungen wie aus subjektiven Fehlern. Letztere umfassen ungenügende Selbstorganisation und Unabhängigkeit von Kräften der Zivilgesellschaft und der Medien, um die gegen die Bevölkerung gerichteten Praktiken der politischen, bürokratischen und wirtschaftlichen Eliten zu korrigieren; oder ihre eigene Unterdrückung durch eben diese Eliten zu verhindern. Meistens jedoch konnten sich diese Eliten so verhalten, weil die herrschenden internationalen staatlichen oder privatwirtschaftlichen Mächte sich ihnen gegenüber gleichgültig verhielten oder sie durch ihre „Realpolitik“ passiv unterstützten. Die *Erklärung von Accra* hält fest, dass Rechenschaftspflicht, Offenheit und Demokratie in allen staatlichen Institutionen Afrikas hergestellt werden müssen, aber ebenso in den Strukturen und Praktiken der internationalen Finanzinstitutionen. Das gilt sowohl für öffentliche und private, staatliche, wirtschaftliche und institutionelle Akteure. Ohne solche internationale Regulierungen und Kontrollen werden Versuche, wiederkehrende Schuldenkrisen einzig durch die Disziplinierung der Regierungen von Schuldnerländern zu lösen, scheitern. Solche Bedingungen und Kontrollen müssen tatsächlich eingeführt werden, aber sie müssen effizient ausgestaltet, international verabredet, offen gestaltet, genau kontrolliert und auf alle Beteiligten angewandt werden.

Eine weitere Garantie müssen die Rechte von Massenorganisationen der Zivilgesellschaft in den verschuldeten Ländern bilden, die soziale Verwendung der durch die Schuldenerleichterung frei gewordenen Gelder zu überwachen und mitentscheiden zu können. Diese Forderung wird von Anti-Verschuldungs-Gruppen im Norden wie im Süden unterstützt, wobei den Gruppen im Norden eine besondere Verantwortung zukommt, die Massenorganisationen im Süden möglichst weitgehend zu unterstützen. Ansonsten wird die Rolle der Zivilgesellschaft im Süden weitgehend zur Alibiübung, und die Aufgabe wird zum grossen Teil von gut positionierten, mächtigen (und zum Teil im Eigeninteresse handelnden) NGO im Norden „im Namen“ des Südens durchgeführt – wie es öfters der Fall ist. Ein klares Beispiel ist in dieser Hinsicht der Vorschlag einiger Schweizer Entwicklungshilfe-Organisationen, dass die „Ersparnisse“, die die Schweizer Regierung durch Schuldenerleichterungen in Afrika schafft, mittels sogenannter „Gegenwertfonds“ für Schweizer NGO-Projekte in Afrika eingesetzt werden. Auf diese Weise werden finanzielle Mittel, die unabhängigen lokalen Gruppen und Lokalverwaltungen zur Verfügung stehen sollten, zu den Schweizer NGO umverteilt. So verunmöglichen gutmeinende – aber häufig paternalistische und öfters selbstgerechte – Entwicklungshilfe-Organisationen im Norden der lokalen Bevölkerung den Entscheid, wie ihre eigenen Ressourcen, die dem Schuldendienstmechanismus abgerungen werden konnten, in ihrem Interesse genutzt werden sollen.

Eine wirkliche Ermächtigung und effiziente Rolle lokaler Gruppen und sozialer Bewegungen im Süden wird noch schwieriger hinsichtlich der

Vorschläge, alle „Beteiligten“ zu einem Schuldengipfel unter Aufsicht der UNO einzuladen. Gleiches gilt für die Rolle und das „Recht der lokalen Organisationen“, in den vorgeschlagenen „Debt Review Bodies“¹⁹ oder in anderen Schiedsverfahren zwischen Gläubigern und Schuldern, wie sie etwa die UNCTAD vorschlägt, angehört zu werden. Wenn man die bisherigen Erfahrungen mit solchen internationalen Veranstaltungen und Gremien betrachtet, dann werden die Rolle und die Rechte der Zivilgesellschaft hauptsächlich von den besser ausgestatteten und straff organisierten zivilgesellschaftlichen Organisationen des Nordens wahrgenommen, und zwar „im Namen“ aller weltweiten sozialen Kräfte, deren Interessen und Pläne sie nicht unbedingt verstehen oder repräsentieren.

Unilaterale, bilaterale und multilaterale Ansätze

Es gibt verschiedene Vorschläge für multilaterale Foren zur Schuldenfrage, die die UNO einschliessen oder die Schaffung neuer internationaler Schiedsgerichte beinhalten, vor denen Gläubiger und Schuldner direkt verhandeln können. In diesem Zusammenhang gibt es auch innovative Vorschläge für die Einrichtung internationaler wie nationaler juristischer Instrumente, die das Recht bankrotter Länder einschliessen, sich so wie angeschlagene Unternehmen auf Konkursverfahren und Schutz vor ihren Gläubigern (Insolvenzrecht) berufen zu dürfen. Dies ist ein Teil der juristischen Herangehensweise ans Schuldenproblem, die ebenfalls die Anwendung besonderer Verfahren einschliessen könnte, aufgrund derer Schuldner legal ermöglicht wird, einseitig die Schuldentrückzahlung zu verzögern oder aussetzen. Das sind keine „revolutionären“ Vorschläge, sondern grundsätzliche Prinzipien und altgediente Verfahren innerhalb des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Gegen diese Vorschläge – ebenso wie gegen die Doktrin „verabscheuungswürdiger Schulden“ – wird zuweilen Kritik laut, dass sie allzu legalistisch, kompromissbereit und beschränkt sind. Nach Ansicht solcher Kritiker sollten Regierungen unilateral vorgehen und sich faktisch als unfähig zur Schuldentrückzahlung erklären, wie es einige in jüngster Vergangenheit getan haben, obwohl das von ihren Gläubigern nicht an die grosse Glocke gehängt wird, damit es nicht andere zur Nachahmung ermuntert. Aber der Zahlungsverzug von Schulden könnte schwächere Wirtschaften gezielten Strafmassnahmen finanzieller, handelsmässiger oder anderer Art aussetzen, sofern nicht eine grössere Zahl von Ländern dies gemeinsam tut. Die noch radikalere und endgültige Lösung würde darin bestehen, dass alle Drittwelt-Schuldnerländer ausdrücklich und gemeinsam ihre Schulden zurückweisen: Aber sie müssten dann ebenfalls bereit sein, sich gemeinsam gegen Strafmassnahmen der herrschenden finanziellen Institutionen und politischen Mächte zu wehren. Diese Strategie verlangt sowohl politische Entschiedenheit auf der Seite der beteiligten Regierungen als auch gut informierte massenhafte Unterstützung und die Bereitschaft innerhalb ihrer Länder, die wahrscheinlichen kurz- und mittelfristigen Konsequenzen zu

tragen. Das würde ebenfalls eine ausgedehnte Vorbereitung und Mobilisierung der weltweiten öffentlichen Meinung voraussetzen. Der Rückgriff auf die kollektive Zurückweisung der Schulden durch die Länder des Südens muss, sofern sich keine andere Lösung abzeichnet, als legitime und endgültige Lösung der Schuldenkrise zum Bestandteil der internationalen Debatte und Aktivitäten werden.

Ein weiterer kollektiver Ansatz, der vorgeschlagen wird, besteht darin, Schuldenstreichung zu einem integralen Bestandteil der internationalen Wirtschaftsverhandlungen in multilateralen Institutionen, etwa der WTO, zu machen. Es gibt bereits Vorschläge, dass die Entwicklungsländer den „handelsbedingten“ Aspekt ihrer Verschuldung zusammen mit der Unstabilität der Warenpreise und anderen dringlichen Fragen in ihre Verhandlungsforderungen einschliessen sollen. Solche Forderungen könnten dann als Verhandlungsgegenstand in die WTO-Verhandlungen eingebracht werden. Problematisch an diesem Vorschlag ist allerdings, dass man dabei die Grundbedürfnisse der Menschen in Entwicklungsländern und relativ begrenzte Konzessionen an ihre schwächeren Volkswirtschaften zu Gunsten von „Fortschritten“ in der Restrukturierung der ganzen Weltwirtschaft im Interesse der stärksten Volkswirtschaften und „ihrer“ Multis aufzugeben gewillt ist.

Es braucht nicht besonders erwähnt zu werden, dass gegenwärtig praktisch alle Schuldner-Regierungen auf bilaterale Abkommen oder höchstens auf fortgesetzte multilaterale Verhandlungen zwischen ihnen und ihren Gläubigern im Pariser Club setzen, um ihre Schuldenlast zu erleichtern. Selbst die gemeinsame Stellungnahme der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) beschränkt sich darauf, bessere Bedingungen für die HIPC-Initiative und von den Gläubigern ein „grösseres Verständnis“ für die afrikanischen Probleme zu fordern.

Unterschiedliche Strategien – Gemeinsames Handeln

So radikal verschieden diese Ansätze sind, so schliessen sie sich doch nicht notwendig gegenseitig aus und sind auch nicht alle gleich sinnvoll. Einige, wie etwa der gemässigte Appell zur weiteren Schuldenerleichterung und Umschuldung, haben sich über die Jahre hinweg als ineffizient erwiesen. Andere können parallel zueinander oder in verschiedenen Stadien von unterschiedlichen AkteurInnen für verschiedene Ziele und Zwecke verwendet werden. Allerdings sind diese mehrfachen, parallelen Taktiken nicht ohne Gefahr. So haben zum Beispiel ForscherInnen, die die Schwächen in der Argumentation von IWF und Weltbank aufzeigen können, zweifellos einen wichtigen Beitrag zu leisten. Anti-Verschuldungs-AktivistInnen in einflussreichen Entwicklungshilfe-Organisationen und sozialen oder religiösen Institutionen des reichen Nordens sollten ihren Einfluss in den Medien ihrer Länder einsetzen und ihre Regierungen bearbeiten. Aber einzelne ForscherInnen und PublizistInnen oder LobbyistInnen, wie wirkungsvoll auch immer, können niemals ein Ersatz für den Druck der

öffentlichen Meinung in diesen Ländern sein. Und die organisierte öffentliche Meinung im Norden darf nicht die organisierten Massenbewegungen im Süden ersetzen.

Der eine Pol der gegenwärtigen Schuldenstreichungs-Ansätze geht von der Annahme aus, dass Schuldenstreichung ein wichtiges und erreichbares Ziel sei, solange die Kampagne sich mit einfachen, gradlinigen Forderungen auf dieses eine Ziel beschränke. Am andern Pol herrscht die Auffassung, selbst wenn die gesamten Schulden sofort gestrichen würden, würde dies die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Probleme der betroffenen Länder nicht lösen; und dies nicht zu berücksichtigen, sei grundsätzlich kontraproduktiv. Die Schuldenfrage anzugehen sei notwendig, aber als Antwort zur Lösung der seit langem bestehenden Strukturprobleme der Volkswirtschaften im Süden und ihrer Rolle und Funktion in der Weltwirtschaft genügt dies nicht. Die zu Grunde liegenden Ursachen der Abhängigkeit sind zum Teil intern: beschränkte technische und Managementressourcen, strukturelle Verzerrungen und sektorielle Fehlentwicklungen, verbunden mit starker Exportorientierung und entsprechender extremer Anfälligkeit auf äussere Erschütterungen. Aber diese Faktoren würden ihrerseits durch andere Faktoren und Kräfte im internationalen System erzeugt und verstärkt. Die Regierungen der Industrieländer und die Multis versuchten ständig, solche Abhängigkeiten zu zementieren und den Zugang ihres Handels und ihrer Investitionen zu den Ländern des Südens, ihre Kontrolle und Ausbeutung zu verstärken.

Ein strategisches Vorgehen, das „zwischen“ den beiden Ansätzen liegt oder sie verbindet, würde argumentativ daran festhalten, dass die Schuldenfrage zwar als Problem an sich wichtig ist. Und wegen ihrer Brisanz kann sie ausgezeichnet dazu dienen, einem breiten Publikum all die Konsequenzen internationaler Finanzbeziehungen, insbesondere der Nord-Süd-Beziehungen, das Funktionieren weltweiter Finanzinstitutionen sowie des Weltwirtschaftssystems zu erklären. So könnte die Anti-Verschuldungs-Kampagne Millionen von empörten und bereits mobilisierten Menschen auf die grundsätzlicheren Fragen aufmerksam machen und zu einem tieferen Verständnis für die Ursachen der Armut und der Ungerechtigkeiten beitragen. Sie würden sich nicht nur für das Schicksal und die Bedürfnisse der Millionen armer Menschen in der Welt engagieren, sondern auch gegen die zu Grunde liegende ungleiche und ausbeuterische Beziehung zwischen dem reichen Norden und dem armen Süden. Millionen würden die Zusammenarbeit zwischen den reichen Regierungen, den Banken und andern Finanzinstitutionen klarer erkennen, ebenso die treibenden Kräfte und Motive hinter der zunehmend deregulierten Weltwirtschaft.

Unsere Schlussfolgerung muss lauten, dass Anti-Verschuldungs-AktivistInnen solche Erklärungen und Argumente in ihre Kampagnen einzuschliessen haben und sie mit anderen äusserst wirksamen und verwandten Kampagnen verbinden müssen, etwa der Bewegung gegen das MAI (Multilateral Agreement on Investment) oder für die Einführung der Tobin-Steuer und weiterer Instrumente zur Reregulierung und Kontrolle der

weltweiten Finanzmärkte. Andere verwandte Kampagnen umfassen die Parallelveranstaltungen, die jeden Uno-Gipfel der vergangenen Jahre begleitet haben – über soziale und Bevölkerungsentwicklung, Wohnungswesen, Frauen, Kinder und die Umwelt – oder Veranstaltungen gegen IWF, Weltbank und WTO.

Aktives Engagement in der selben Kampagne und sogar geteilte grundsätzliche Anliegen setzen sich nicht automatisch in gegenseitiges Verständnis und einheitliches Handeln um. Der vorliegende Beitrag hat auf einige Differenzen zwischen Gruppen im Norden und im Süden hingewiesen; in Wirklichkeit liegen Übereinstimmungen und Abweichungen über Taktik und Strategie zuweilen quer zur Nord/Süd-Achse. Dennoch muss ein grundsätzlicher objektiver Unterschied zwischen Nord und Süd anerkannt werden: Anti-Verschuldungs-Gruppen im Norden können sich aus der Kampagne zurückziehen, wenn sie meinen, getan zu haben, was zu tun war. Einige der Jubilee 2000-Gruppen planen denn auch schon, im Dezember 2000 aufzuhören, egal, ob die vollständige Schuldenstreichung bis dann erreicht worden ist oder nicht. Dagegen haben Gruppen im Süden, mit oder ohne Gruppen im Norden, weiterhin mit den Ursachen und Folgen der wirtschaftlichen Ausbeutung und Unterwerfung – ein Ausdruck dessen ist die Verschuldung – zu leben und gegen sie anzukämpfen. Diese grundsätzlich unterschiedliche Situation weist Anti-Verschuldungs-AktivistInnen im Süden gegenüber ihren PartnerInnen im Norden eine wichtige politische Rolle zu. Ihre sehr ungleiche Last sowie die unterschiedlichen Rollen und Verantwortlichkeiten machen erforderlich, dass Gruppen im Norden den Vorschlägen und Forderungen aus dem Süden volles Gewicht beimessen.

Der „Norden“ kann nicht ohne den „Süden“ handeln, selbst dann nicht, wenn gesagt wird, man habe im „Norden“ eine besondere Verantwortung, weil die Hauptschuldigen ja „ihre“ Regierungen, Unternehmen und Banken sowie die von ihnen kontrollierten internationalen Institutionen seien. Diese Einsicht weiss man im „Süden“ zu schätzen, aber die Gruppen im „Norden“ müssen ebenfalls erkennen, dass „ihre“ Regierungen, Banken und internationalen Institutionen Teil der hoch integrierten Weltwirtschaft sind. Wir müssen Wege finden, um gemeinsam Widerstand gegen diese herrschenden Mächten zu leisten. Die Gruppen des Nordens dürfen nicht weiterhin paternalistisch „im Namen“ des Südens handeln, insbesondere nicht, da Gruppen im Süden sich stärker organisieren und sich an internationalen Kampagnen beteiligen. Auf der andern Seite müssen auch AktivistInnen aus dem Süden eine entsprechende strategische Vision entwickeln. Diese muss sich auf ihre eigenen Erfahrungen, ihr gegenseitiges Verständnis und ihre Gemeinsamkeiten gründen, muss aber gleichzeitig die lebenswichtige Rolle anerkennen, die UnterstützerInnen und PartnerInnen in den „entwickelten“ Ländern spielen können und müssen. Die Massenbewegungen im Süden brauchen Allianzen mit Massenbewegungen im Norden, und zwar wegen deren strategischer Position in der Nähe des Zentrums der globalen Macht, wegen ihrer angehäuften Erfahrungen, beträchtlichen Kenntnisse und grösseren Ressourcen. All dies kann für die organisatori-

schen Entwicklungen und Kampagnen im Süden äusserst hilfreich sein.

Was die Anti-Verschuldungs-Bewegungen in letzter Instanz vereint, sind aber nicht bloss taktische Überlegungen oder pragmatisches Abwägen von gegenseitigem oder einseitigem Gewinn. Die fundamentale Grundlage der Solidarität zwischen den Menschen im Norden und Süden sowie für ein gemeinsames Handeln muss das strategische Verständnis sein, wie wichtig die weltweite Koalition und Einheit der Menschen auf der Grundlage unseres Menschseins und im Interesse unserer gemeinsamen Heimat auf diesem Planeten sind.

* Der Artikel von Dot Keet erschien im Juni 1999 und wurde vom Alternative Information & Development Centre (AIDC) in Kapstadt, Südafrika, veröffentlicht. Die Übersetzung aus dem Englischen dieser von der Redaktion gekürzten Fassung besorgte Stefan Howald. Der vollständige Text kann auf der AIDC-homepage abgerufen werden: <http://aidc.org.za/>

Anmerkungen

- 1 Zusammen mit PionierInnen im Norden wie Susan George (vgl. etwa George, Susan, 1993: Der Schuldenbumerang. Wie die Schulden der Dritten Welt uns alle bedrohen. Reinbek).
- 2 Das Anwachsen der Drittwelt-Schulden in Milliarden US \$:

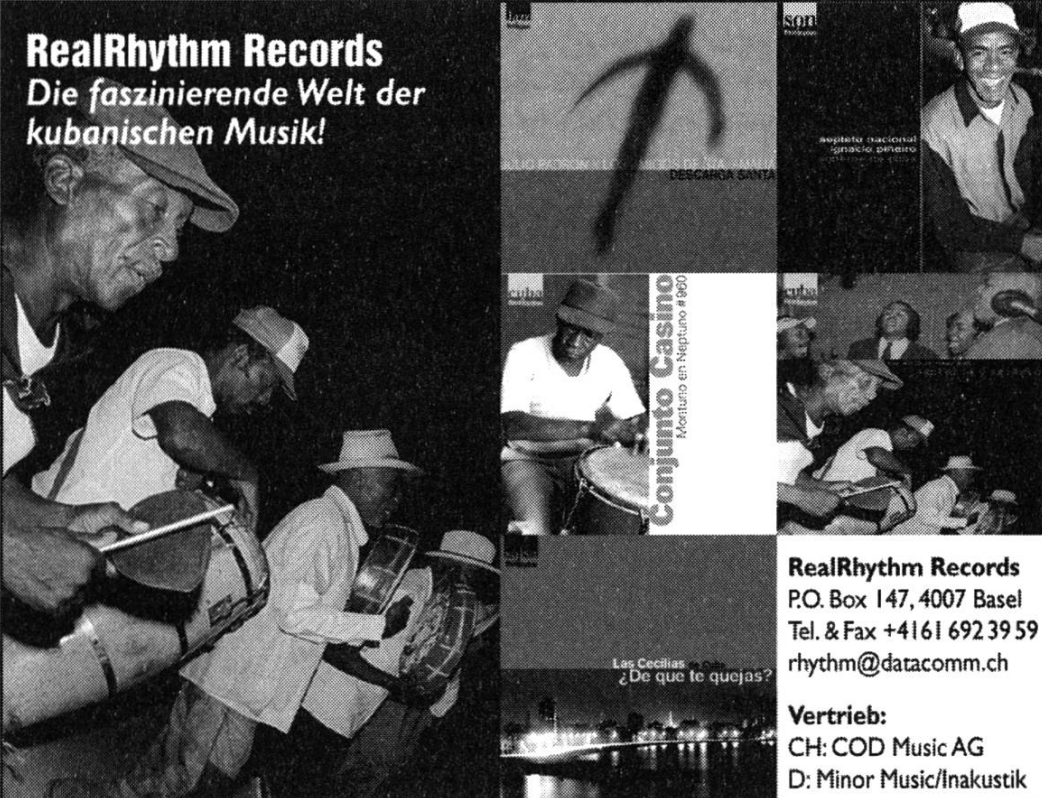
Jahr	1980	1986	1992	1998
Schulden in Mia\$	567	1'086	1'419	2'030

Ständig aktualisierte Zahlen sind erhältlich bei Jubilee 2000 UK in London. www.jubilee2000uk.org

- 3 Jubilee 2000 UK: „Crumbs of Comfort“, Juni 1999.
- 4 World Development Movement UK: „Stop Sapping the Poor“, Juni 1999.
- 5 Jürgen Kaiser, Jubilee 2000 Deutschland, e-mail 5. Juni 1999.
- 6 Jubilee 2000 UK, Christian Aid und andere Gruppierungen.
- 7 Die Erklärungen der verschiedenen im Artikel erwähnten Konferenzen sind im vollen Wortlaut auf der Homepage <http://www.jubilee2000uk.org/policy.html> von Jubilee 2000 veröffentlicht. Vgl. auch „Afrikaner fordern Entschädigung in Höhe von 377 Billionen Dollar. Sammelklage gegen die Vereinigten Staaten und die Europäische Union.“ F.A.Z. v. 21.8.1999.
- 8 Die Studie der Unctad von 1995 über Fremdinvestitionen in Afrika weist auf extrem günstige Rückflussbedingungen für Investoren von bis zu 25 Prozent hin. Das ist viel höher als die Profitrate sowohl in entwickelten wie sich entwickelnden Ländern in den meisten der Jahre zwischen 1980 und 1993. Das Muster hat sich in der Studie der UNCTAD von 1999 bestätigt, die in Afrika Profitraten von 29 Prozent zeigt, verglichen mit 6 Prozent in den meisten sich entwickelnden Volkswirtschaften Südasiens.
- 9 In den 80er Jahren verschlechterten sich die terms of trade für Afrika mit jedem Jahr, wobei allein 1985/86 19 Milliarden Dollars an Exporterlösen verloren gingen. Studien der UNCTAD und der afrikanischen Entwicklungsbank schätzen, dass die afrikanischen Staaten südlich der Sahara zwischen 1980 und 1994 mögliche Exporterlöse von 278 Milliarden Dollars einbüssten.
- 10 Etwa der Aufruf von Jubilee 2000 UK: „Don't Collect! Won't Collect!“ an die britische Regierung.
- 11 Anne Pettifor, Direktorin von Jubilee 2000 UK.
- 12 Die wichtigste in dieser Hinsicht ist die einflussreiche Entwicklungshilfe-Organisation Oxfam UK.

- 13 Joe Hanlon (Jubilee 2000 UK): „What will it cost to cancel unpayable debts?“, London, März 1999.
- 14 Ebenda.
- 15 Joe Hanlon (Jubilee 2000 UK): “We’ve been here before. Debt default and relief in the past – and how we are demanding that the poor pay more this time“, London, April 1998.
- 16 Zur Odious Debt Doctrin siehe: Weibel, Amanda, 1999: Odious Debt Doktrin gegen die Potentaten GmbH. In: Finanzplatz Informationen 3/99. Basel
- 17 Adams, Patricia, 1991: Odious Debts: Loose Lending, Corruption and the Third World’s Environmental Legacy. Probe International, London. (Das Buch ist erhältlich bei: Aktion Finanzplatz, Drahtzugstr. 28, 4057 Basel; afp@datacomm.ch)
- 18 Etwa Oxfam UK, Bread for the World USA, und andere.
- 19 Anne Pettifor, Direktorin Jubilee 2000 UK, in New Internationalist, Nummer 312 (Mai 1999).

RealRhythm Records
Die faszinierende Welt der kubanischen Musik!



RealRhythm Records
 P.O. Box 147, 4007 Basel
 Tel. & Fax +4161 692 39 59
rhythm@datacomm.ch

Vertrieb:
 CH: COD Music AG
 D: Minor Music/Inakustik